



## Kapitel B der Verdingungsunterlagen

# **Werk- und Betriebsvertrag über den Aufbau und Betrieb eines mandantenfähigen Produktverantwortlichen-Systems (MPS)**

zwischen

der

**N.N.**

(im Folgenden: „**Auftragnehmer**“)

und

der

**VDV eTicket Service GmbH & Co. KG**

Im Mediapark 8a

50670 Köln

(im Folgenden: „**Auftraggeber**“, „**VDV-ETS**“)

---

**A) Präambel**

VDV eTicket Service (VDV-ETS) ist für den deutschen ÖPV-Standard „((eTicket Deutschland“ verantwortlich. Dieser stellt die technische und organisatorische Plattform für den Betrieb von einem interoperablen elektronischen Ticketing im öffentlichen Personenverkehr in Deutschland dar. Neben der Erstellung und Herausgabe des technischen Standards, der Aufstellung von organisatorischen Regeln für Teilnehmer und der Prüfung von eingesetzten Komponenten betreibt VDV-ETS auch zentrale Infrastrukturen für die an ((eTicket-Deutschland teilnehmenden Verkehrsunternehmen und -verbünde. Im Rahmen der Umstellung auf die neue Version des Standards „((etiCORE“ ab 2027 soll ein mandantenfähiges Produktverantwortlichen-System (MPS) entwickelt und betrieben werden. Das Sytem unterstützt Organisationen, die im bundesweiten elektronischen Fahrgastmanagement und Ticketing die Rolle des Produktverantwortlichen (Product Owner) wahrnehmen. Produktverantwortlichen-Systeme werden mit der Umstellung auf ((etiCORE fortan als „Product Owner-System“ bezeichnet. Gegenstand des Projektes ist sowohl die technische Realisierung als auch der dauerhafte Betrieb des Systems.

Das MPS basiert auf der ((etiCORE-Spezifikation, die ein einheitliches und interoperables Rahmenwerk für elektronisches Fahrgastmanagement und Ticketing einschließlich definierter Prozesse und standardisierter Datenformate beschreibt. Das Projekt ist langfristig ausgelegt. Das MPS dient der zentralen Zusammenführung, Überwachung und fachlichen Bewertung produktbezogener Daten und Prozesse über mehrere Bezugsberechtigte (gem. § 3 des Rahmenvertrages MPS) hinweg. Kernfunktion ist ein regelbasiertes Monitoring zur Identifikation von Auffälligkeiten und potenziellen Regelverstößen. Darüber hinaus stellt das System umfassende Einsichts- und Auswertungsmöglichkeiten zu Fahrberechtigungen, Statusinformationen, Transaktionen und Kontrolldaten bereit und unterstützt die operative Umsetzung fachlicher Maßnahmen durch die strukturierte Weiterleitung relevanter Informationen an angebundene Dritte.

Ziel des Projektes ist die Bereitstellung eines skalierbaren und bundesweit einsetzbaren Product Owner-Systems, welches den Vorgaben der ((etiCORE-Spezifikation entspricht und sich in bestehende Systemlandschaften integrieren lässt.

Dies vorausgeschickt vereinbaren die Parteien folgendes:

**B) Vertragsgegenstand / Leistungsumfang**

Gegenstand dieses Vertrages sind der Aufbau und Betrieb eines mandantenfähigen Produktverantwortlichen-Systems (im Folgenden: „MPS“) nach dem neuen ((eTicket Deutschland-Standard „((etiCORE“ auf Basis des zwischen den Parteien abgeschlossenen Rahmenvertrags MPS (Kapitel A).

**C) Vertragliche Regelungen**

§ 1 Dokumentation .....	4
§ 2 Realisierungsphase .....	6
§ 3 Änderungsverlangen .....	6
§ 4 Übergabe Vertragsgegenstand und Dokumentation .....	6
§ 5 Tests vor der Abnahme .....	7
§ 6 Abnahme .....	7
§ 7 Betrieb des MPS .....	9
§ 8 Nutzungsrechte .....	12
§ 9 Pflegeleistungen .....	13
§ 10 Wartungsleistungen .....	13
§ 11 Änderungsleistungen .....	14
§ 12 Nutzungsrechte an den Wartungs-, Änderungs- und Pflegeleistungen .....	14
§ 13 Betriebshandbuch und Abnahmekonzept .....	15
§ 14 Grundsätze der Zusammenarbeit / Projektmanagement .....	15
§ 15 Qualifikation von Erfüllungsgehilfen / Einschaltung von Unterauftragnehmern .....	16
§ 16 Leistungsparameter .....	16
§ 17 Support .....	17
§ 18 Mitwirkungspflichten des AGs .....	17
§ 19 Vergütung .....	17
§ 20 Gewährleistung .....	18
§ 21 Schadensersatz .....	19
§ 22 Freiheit von Rechten Dritter .....	19
§ 23 Laufzeit / Abwicklung nach Vertragsbeendigung .....	20
§ 24 Vollständige Leistungserbringung im Rechtsrahmen der EU .....	21
§ 25 Geheimhaltung/Datenschutz .....	21
§ 26 Informations- und Kontrollrecht .....	23
§ 27 Schlussbestimmungen .....	23
<b>D) Anlagenverzeichnis .....</b>	<b>24</b>
Anlage B1 zum Werk- und Betriebsvertrag MPS .....	25
Anlage B2 zum Werk- und Betriebsvertrag MPS .....	28
Anlage B3 zum Werk- und Betriebsvertrag MPS .....	30

---

## § 1 Dokumentation

- (1) Der Auftragnehmer (im Folgenden: „AN“) ist verpflichtet, eine Dokumentation nach Maßgabe des Lastenhefts, Abschnitt 3, welches er vom Auftraggeber (im Folgenden: „AG“) erhält, zu erstellen.
- (2) Die Dokumentation ist auf Basis der Verdingungsunterlagen zu erstellen. Bei der Erstellung der Dokumentation hat der AN zudem die im Rahmen seiner vertraglichen Tätigkeit zusätzlich gewonnenen Erkenntnisse zu berücksichtigen.
- (3) Der AN berät und unterstützt den AG kontinuierlich hinsichtlich der Ermittlung der für den Sollzustand des Vertragsgegenstands wesentlichen Informationen. Der AN wird die Ergebnisse aus Projektbesprechungen gemäß § 14 Absatz 5 und aus sonstigen Besprechungen, die er mit dem AG im Zusammenhang mit der Erstellung der Dokumentation während der Planungsphase führt, sowie sonstige von dem AN erhaltene diesbezügliche Informationen schriftlich aufzeichnen und dem AG auf Verlangen eine Ausfertigung dieser Aufzeichnungen zur Verfügung zu stellen. Die Ergebnisse fließen soweit relevant in die Dokumentation ein.
- (4) Der AN ist verpflichtet, auf Grundlage der jeweils verfügbaren Informationen einschließlich der Erkenntnisse aus anderen Projekten die Anforderungen des AGs an den Vertragsgegenstand auf Logik und Durchführbarkeit zu überprüfen. Erkennt der AN, dass die vorgesehene Konfiguration des Vertragsgegenstand im Hinblick auf die Funktionen, Leistungsmerkmale und Programmeigenschaften modifiziert werden muss, wird er den AG hierauf unverzüglich hinweisen und ihm Alternativvorschläge unterbreiten. Die gleiche Hinweispflicht besteht, wenn der AN erkennt, dass Informationen oder Anforderungen des AGs fehlerhaft, unvollständig, nicht eindeutig oder objektiv zur Ausführung nicht geeignet sind. Der AG wird über eventuelle Änderungen, die sich aufgrund solcher Hinweise für die Erarbeitung und den Inhalt der Dokumentation ergeben, innerhalb einer angemessenen Überlegungsfrist entscheiden. Der AG wird seinerseits den AN unterrichten, wenn sich für ihn Abweichungen gegenüber den als Anlagen beigefügten Verdingungsunterlagen – insbesondere dem Lastenheft – oder den sonstigen zwischen den Vertragsparteien abgestimmten Anforderungen abzeichnen.
- (5) Der AN ist verpflichtet, für den AG vorteilhafte, für den AN erkennbar gewordene Änderungen der Anforderungen an den Vertragsgegenstand vorzuschlagen (im Folgenden: „Verbesserungsvorschläge“). Der AG hat über Verbesserungsvorschläge jeweils innerhalb einer angemessenen Überlegungsfrist zu entscheiden und dem AN mitzuteilen, ob die Erstellung der Dokumentation mit oder ohne Umsetzung des betreffenden Verbesserungsvorschlags erfolgen soll.
- (6) Die Dokumentation hat die bei der Erstellung des Vertragsgegenstands von dem AN zu erbringenden Leistungen detailliert und umfassend zu beschreiben. Die Dokumentation hat insbesondere die folgenden Inhalte zu enthalten:
  - Detaillierte Beschreibung der Anforderungen, die zur Erfüllung der Bedürfnisse des AGs erforderlich sind,
  - Detaillierte Beschreibung der einzelnen Funktionen, Leistungsmerkmale und Eigenschaften des Vertragsgegenstands,
  - Festlegung der speziellen Anforderungen an die Entwicklungsumgebung und an die technische Produktivumgebung (Software, Hardware, Schnittstellen) sowie
  - Informationen zu sonstigen Eigenschaften des Vertragsgegenstands (u. a.

---

Pflegefreundlichkeit, Übertragbarkeit).

Im Rahmen der Dokumentation hat auch eine detaillierte Terminplanung zu erfolgen, welche die einzelnen Schritte der Erstellung des Vertragsgegenstands bis zur abnahmefähigen Fertigstellung und zur anschließenden Installation des Vertragsgegenstands enthält.

- (7) Der AN hat vollständige Entwürfe der zum jeweiligen Zeitpunkt geschuldeten Teile der Dokumentation innerhalb von in den Verdingungsunterlagen definierten Fristen zu erstellen und an den AG zu übergeben. Der AG prüft die vom AN übergebenen Entwürfe der Dokumentationsteile innerhalb einer angemessenen Prüfungsfrist und teilt dem AN etwaige Änderungs- und Ergänzungswünsche schriftlich mit. Nach Überarbeitung der Entwürfe durch den AN, der innerhalb von drei Wochen nach Mitteilung des AGs i. S. v. Satz 2 zu erfolgen hat, legt dieser dem AG die aus seiner Sicht endgültigen Entwürfe der Dokumentationsteile zur abschließenden Überprüfung und Verabschiedung vor. Sofern der AG keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche an den überarbeiteten Entwürfen hat, verabschiedet er den Inhalt der Dokumentationsteile durch schriftliche Anzeige (im Folgenden: „Verabschiedungsanzeige“) an den AN innerhalb einer angemessenen Frist. In dieser Fassung bildet die Dokumentation die Grundlage für die Erstellung des Vertragsgegenstands. Die Dokumentation wird diesem Vertrag nachträglich als Anlage D2 beigelegt. Die Vertragsparteien stimmen darin überein, dass es sich bei der Verabschiedungsanzeige nicht um eine (Teil-)Abnahme handelt.
- (8) Der AG erhält nach vollständiger Zahlung ein ausschließliches Nutzungsrecht an der ausschließlich für den AG erstellten Dokumentation (siehe Anlage D2). An der Dokumentation, die der AN nicht nur für den AG, sondern auch für die Bedürfnisse Dritter erstellt, erhält der AG ein einfaches, zeitlich auf die Laufzeit des Vertrages begrenztes, örtlich unbeschränktes und nicht auf Dritte übertragbares Recht, die Dokumentation für eigene Zwecke gemäß den vertraglichen Bedingungen zu nutzen.
- (9) Ebenfalls Vertragsgegenstand ist die Entwicklung einer grafischen Benutzeroberfläche und Benutzerführung. Diese werden nicht durch den AG beigelegt. Die grafische Benutzeroberfläche und Benutzerführung ist anhand der Anforderungen des AGs zu entwerfen und mit diesem abzustimmen. Dazu sind bis zu 3 halbtägige Workshops (nebst Vor- und Nachbereitung) einzuplanen, in welchen die seitens des ANs entworfene grafische Benutzeroberfläche und Benutzerführung unter Beteiligung einzelner Bezugsberechtigten abgestimmt werden.

---

## § 2

### Realisierungsphase

- (1) Der AN ist verpflichtet, auf der Basis der Dokumentation sowie ergänzend dazu des Lastenhefts ein den allgemein anerkannten Regelungen ordnungsgemäßer Berufsausübung entsprechende, voll funktionsfähiges MPS zu erstellen.
- (2) Der AN unterrichtet den AG im Abstand von max. zwei Wochen und darüber hinaus jederzeit auf dessen Anforderung über den Stand der Entwicklungsarbeiten und die Einhaltung der Anforderungen an den Vertragsgegenstand. Sich abzeichnende Verzögerungen und Änderungserfordernisse werden dem AG unverzüglich mitgeteilt. § 1 Absatz 4 und Absatz 5 finden entsprechende Anwendung.

## § 3

### Änderungsverlangen

- (1) Solange der AN dem AG nicht den voll funktionsfähigen Vertragsgegenstand gemäß § 4 übergeben hat, kann der AG nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen jederzeit Änderungen gegenüber der Dokumentation oder den sonstigen abgestimmten Anforderungen an den Vertragsgegenstand verlangen (im Folgenden: „Änderungsverlangen“).
- (2) Der AN wird jeweils unverzüglich mit der Prüfung des Änderungsverlangens beginnen. Der AN hat gegebenenfalls innerhalb von zwei Wochen nach Zugang des jeweiligen Änderungsverlangens gegenüber dem AG schriftlich darzulegen und zu begründen, dass ihm die Umsetzung des betreffenden Änderungsverlangens unzumutbar ist bzw. hierfür die Anpassung der Regelungen dieses Vertrags erforderlich ist.
- (3) Eine Anpassung der Regelungen dieses Vertrags ist erforderlich, sofern die Umsetzung eines Änderungsverlangens erhebliche Auswirkungen auf das vertragliche Leistungsgefüge hat (insbesondere Fristen oder die Vergütung). In derartigen Fällen werden die Parteien eine schriftliche Anpassung der vertraglichen Regelungen unter Zugrundelegung der in Anlage B1, Teil 2, Ziff. 3 für die Durchführung von Änderungsverlangen vorgesehenen Vergütungssätze vornehmen.
- (4) Ist das Änderungsverlangen dem AN zumutbar und kommt eine einvernehmliche Anpassung der Regelungen dieses Vertrags nicht innerhalb von zwei Wochen zustande, nachdem der AG die Erforderlichkeit einer Anpassung der Regelungen dieses Vertrags zu Recht geltend gemacht hat, so kann der AG die Umsetzung des Änderungsverlangens gleichwohl verlangen. Die Vergütung wird in diesem Fall unter Zugrundelegung der in Anlage B1, Teil 2, Ziff. 3 für die Durchführung von Änderungsverlangen vorgesehenen Vergütungssätze angemessen erhöht. Die Fristen des in der Dokumentation enthaltenen Terminplans bzw. nach diesem Vertrag verlängern sich in diesem Fall um die Zahl der Tage, an denen infolge des Änderungsverlangens die Arbeiten unterbrochen waren, und verschieben sich im Übrigen angemessen.

## § 4

### Übergabe Vertragsgegenstand und Dokumentation

Der AN stellt dem AG bis spätestens zu dem im ersten Projektgespräch festgelegten Termin den voll funktionsfähigen Vertragsgegenstand (siehe B) zur Verfügung. Er liefert

---

zu diesem Termin den im Lastenheft beschriebenen Vertragsgegenstand, sowie die Dokumentation (siehe § 1) in deutscher Sprache.

## **§ 5 Tests vor der Abnahme**

- (1) Es sind die gemäß Anlage C1 „Qualitätsanforderungen“ vorgesehenen Tests im Entwicklungssystem durchzuführen.
- (2) Der AN wird dem AG rechtzeitig vor der Durchführung des Tests den Leistungsabschnitt, auf den sich der Test bezieht, das Testverfahren, den Ort und die Zeit sowie die bei dem Test von dem AG ggf. zu erbringenden Mitwirkungshandlungen mitteilen und ihn zur Teilnahme an dem Test einladen.
- (3) Im Rahmen der Tests wird vom AN ein schriftliches Testprotokoll erstellt, in dem der Ort, die Zeit, die technischen Umstände des Tests, das Testergebnis sowie die Test-Teilnehmer festgehalten werden. Die abschließenden Testprotokolle sind dem AG zur Abnahmeprüfung zur Verfügung zu stellen. Der AG wird im Rahmen der Tests und auf der Grundlage der Testprotokolle die Leistungen auf ihre Vertragsgemäßheit prüfen und für sie erkennbare nachteilige Abweichungen von der vertraglich vereinbarten Beschaffenheit in das Protokoll aufnehmen lassen.

## **§ 6 Abnahme**

- (1) Die Abnahme umfasst die Abnahme des Vertragsgegenstands inklusive Dokumentation sowie die Inbetriebnahme. Es sind auch Teilabnahmen innerhalb des Vertragsgegenstands möglich (bspw. bei agiler Entwicklung).
- (2) Der AN kann vom AG die Abnahme der Erstellung des Vertragsgegenstands verlangen, wenn der AN den voll funktionsfähigen Vertragsgegenstand nebst Dokumentation gemäß § 4 übergeben und deren Funktionsfähigkeit nachgewiesen hat und wenn im Anschluss daran der Vertragsgegenstand über 3 Monate lang ohne wesentliche Störung gelaufen ist. Zur Abnahme weist der AN das Vorliegen der vertraglich vereinbarten Eigenschaften sowie die einwandfreie und ordnungsgemäße Funktionsfähigkeit des Vertragsgegenstands im Rahmen eines Testbetriebs nach. Die Abnahmekriterien für den Vertragsgegenstand, die für einen vollständigen Funktionstest nach Absatz 2 erforderlich sind, sind im Lastenheft niedergelegt. Der AN hat vor der Inbetriebnahme des Vertragsgegenstands diesen testweise auf seiner IT-Infrastruktur zu installieren und mit produktionsnahen Daten als Testmaterial ablaufen zu lassen, um die ausreichende Dimensionierung seiner IT-Infrastruktur zu prüfen und um sicherzustellen, dass die Werte, die zur Ermittlung der Einhaltung der im Lastenheft vereinbarten Leistungsparameter heranzuziehen sind, gemessen werden können. Dabei ist auch zu testen, ob die Übernahme der Daten von dem AG und den Teilnehmern sowie die Übergabe von Daten von dem AN an den AG und die Teilnehmer reibungslos funktionieren. Der AN weist dem AG spätestens 2 Wochen vor der planmäßigen Aufnahme des Betriebs des Vertragsgegenstands gemäß § 6 Absatz 2 die volle Funktionsfähigkeit des Ablaufs des Vertragsgegenstands auf den IT-Systemen des ANs in der vorgesehenen Umgebung einschließlich der dabei vorgesehenen Sicherheitsvorkehrungen nach und belegt die Erreichung der im Lastenheft vereinbarten Leistungsparameter im Rahmen des Testbetriebs. Die Abnahmekriterien für die Inbetriebnahme einschließlich der Definition der Testfälle, die für einen vollständigen Funktionstest erforderlich sind, werden bis zur Fertigstellung der Dokumentation zwischen AG und AN abgestimmt.

- 
- (3) Der AG hat innerhalb von einem Monat nach Zugang des berechtigten Abnahmeverlangens des ANs beim AG entweder die Abnahme zu erklären oder die Abnahme zu verweigern. Als Abnahmedatum gilt der Termin der vorbehaltlosen Unterzeichnung des Abnahmeprotokolls durch den AG. Die Abnahme darf nicht unbillig verweigert werden. Soweit im Abnahmeprotokoll Mängel bzw. fehlende Funktionen oder Störungen festgehalten werden, so gilt als Abnahmedatum der erste Tag, an dem der letzte nicht nur unwesentliche Mangel beseitigt bzw. die letzte nicht nur unwesentliche fehlende Funktion fehlerfrei integriert wurde. Das Abnahmeprotokoll muss von beiden Parteien unterschrieben werden. Sofern der AG vor der Abnahme den Empfang einzelner Teilleistungen (z.B. Testprotokolle, Funktionsnachweise) bestätigt hat, stellt dies keine Abnahme dieser Leistungen dar.
- (4) Bezüglich der Benutzeroberfläche wird eine Teilabnahme vereinbart, welche die Fälligkeit einer Teilzahlung i.H.v. 20% der Werklohnforderung bedingt. AG und AN werden unter Beteiligung einzelner Bezugsberechtigter die Umsetzung der Benutzeroberfläche eng miteinander in Form von Mock-Ups abstimmen. Der AN verpflichtet sich zur Umsetzung der im Rahmen der Pflichtenheftphase gefundenen Ergebnisse und wird diese zur Teilabnahme (im Rahmen der Endabnahme „Phase 2“) bereitstellen.
- (5) Es wird folgender Zahlungsplan bzgl. der Werkleistung (Anlage B1, Teil 1, Ziff. 1) vereinbart:
- 20% bei Zuschlagserteilung
  - 30% bei Bereitstellung des MPS zur Abnahme gem. § 6 Abs. 1
  - 20% bei Teilabnahme Benutzeroberfläche gem. § 6 Abs. 5
  - 10% bei Endabnahme MVP (gem. Anlage C2)
  - 20% bei Endabnahme „Phase 2“ (gem. Anlage C2)



---

## **§ 7 Betrieb des MPS**

### **§ 7.1 Qualitätsanforderungen**

- (1) Der AN stellt die nach der jeweils aktuellen Service Level-Vorgabe des AGs einzuhaltenden Service Levels sicher. Die bis auf weiteres von dem AG gewünschten Qualitätsanforderungen sind in Anlage C1 beschrieben.
- (2) Der AN berät und unterstützt den AG kontinuierlich hinsichtlich der Ermittlung der für den Sollzustand des Vertragsgegenstands wesentlichen Informationen.
- (3) Der AN ist verpflichtet, auf Grundlage der jeweils verfügbaren Informationen einschließlich der Erkenntnisse aus Umsetzungsprojekten die Anforderungen des AGs an den Vertragsgegenstand auf Logik und Durchführbarkeit zu überprüfen. Erkennt der AN, dass die vorgesehene Konfiguration des Vertragsgegenstands im Hinblick auf die Funktionen, Leistungsmerkmale und Programmeigenschaften modifiziert werden muss, wird er den AG hierauf unverzüglich hinweisen und ihm Alternativvorschläge unterbreiten. Die gleiche Hinweispflicht besteht, wenn der AN erkennt, dass Informationen oder Anforderungen des AGs fehlerhaft, unvollständig, nicht eindeutig oder objektiv zur Ausführung nicht geeignet sind. Der AG wird über eventuelle Änderungen, die sich aufgrund solcher Hinweise für die Erarbeitung und den Inhalt der Dokumentation ergeben, innerhalb einer angemessenen Überlegungsfrist entscheiden. Der AG wird seinerseits den AN unterrichten, wenn sich für ihn Abweichungen von den als Kapitel D3 beigefügten Verdingungsunterlagen -insbesondere dem Lastenheft (Kapitel C) - abzeichnen.
- (4) Im Rahmen der Dokumentation hat eine detaillierte Terminplanung zu erfolgen, die die einzelnen Schritte zur Installation und Inbetriebnahme des Vertragsgegenstands in dem Rechenzentrum enthält.

### **§ 7.2 Leistungsumfang des ANs im Rahmen des Leerlaufbetriebs**

- (1) Der AN ist verpflichtet, nach Inbetriebnahme so lange einen Leerlaufbetrieb durchzuführen, bis sich der erste Bezugsberechtigte oder VDV-ETS an den Vertragsgegenstand anschließt gem. § 4 Abs. 2 Rahmenvertrag MPS (Kapitel A). Hierunter ist ein Standby-Betrieb zu verstehen, der innerhalb von 2 Wochen in den Wirkbetrieb versetzt werden können muss. Ab dem 01.01.2028 beginnt der Wirkbetrieb und der Leerlaufbetrieb endet.
- (2) Während des Leerlaufbetriebs entfallen folgende Pflichten für den AN in Bezug auf den Betrieb des MPS:
  - Support für Bezugsberechtigte
  - Einhaltung der Service Level
- (3) Der Leerlaufbetrieb wird bis maximal 31.12.2027 andauern. Im Anschluss daran beginnt der Wirkbetrieb.

---

### **§ 7.3**

#### **Leistungsumfang des ANs im Rahmen des Rechenzentrumsbetriebs**

- (1) Der AN hat nach näherer Maßgabe des Lastenhefts den Vertragsgegenstand dem AG auf seiner IT-Infrastruktur im Wirkbetrieb rund um die Uhr und an allen Tagen der Woche („24/7-Betrieb“) nach den jeweils allgemein anerkannten Regeln ordnungsgemäßer Berufsausübung mit vereinbarter Performance zur Verfügung zu stellen, seine IT-Infrastruktur dafür stets technisch aktuell, zuverlässig und ausfallsicher zu gestalten und zu erhalten sowie geeignete Vorkehrungen zu treffen, um Ausfälle abzufangen (im Folgenden: „Betrieb“). Im Rahmen des Betriebs hat der AN sicherzustellen, dass die in der als Kapitel B5 beigefügten Dokumentation beschriebenen Anforderungen unter Einhaltung der vereinbarten Leistungsparameter rechtzeitig und vollumfänglich erfüllt werden.
- (2) Der AN hat sämtliche Leistungen zu erbringen, die zur Aufnahme des Betriebs erforderlich sind, einschließlich aller Tests. Der AN hat sicherzustellen, dass der Betrieb spätestens an dem in der Dokumentation vereinbarten Termin in vollem Umfang aufgenommen wird.
- (3) Im Falle einer bevorstehenden Beendigung dieses Vertrages haben die Parteien die technische und organisatorische Abwicklung dieses Vertrages in angemessener Weise durchzuführen. Der AN ist insbesondere verpflichtet, an einem ordnungsgemäßen Übergang auf Folgesysteme in angemessener Form mitzuwirken und den AG hierbei in dem erforderlichen Umfang nach besten Kräften zu unterstützen. Dabei muss der Vertragsgegenstand und alle übrigen zum Weiterbetrieb erforderlichen Daten an den nachfolgenden Betreiber übergeben werden. Im Rahmen der vorgenannten Unterstützungshandlungen wird der AN dem AG die Daten des Vertragsgegenstands in einem datenbanküblichen Format kostenfrei zur Verfügung stellen. Darüber hinaus gehende Leistungen sind gesondert zu beauftragen und zu vergüten.

### **§ 7.4**

#### **Allgemeine Leistungspflichten des ANs im Rahmen des Rechenzentrumsbetriebs**

- (1) Der AN schuldet ohne gesondertes Entgelt alle Nebenleistungen, die für die vertraglich zu erbringenden Leistungen erforderlich sind. Diese Nebenleistungen umfassen die Vorleistungen sowie betriebsbegleitende Maßnahmen. Zu den Vorleistungen zählen insbesondere die Beschaffung von Hardware, Software und Verbrauchsmaterialien. Zu den betriebsbegleitenden Maßnahmen gehören:
  - Service Delivery (Service-Level-Management, IT-Continuity-Management, Availability-Management, Performance-Monitoring und -Reporting und das Capacity-Management);
  - Service Support (Incident- und Problem-Management, Help-Desk-Support, Configuration Management, Change-Management und Release-Management);
  - Sonstige Leistungen (System Management, Optimierung der Betriebsprozesse, Datensicherung, Security-Management).
- (3) Der AN wird darüber hinaus – sofern nicht etwas Abweichendes vereinbart wird – bei seinen Leistungen die folgenden Qualitätsvorgaben einhalten: DIN/ISO 9001:2008, ISO/IEC 27001, Information Technology Infrastructure Library (ITIL), Control Objectives IT (COBIT) und die IT-Grundsicherungs-Standards des BSI.

---

**§ 7.5****Betrieb des Rechenzentrums**

- (1) Nach erfolgter Abnahme gemäß § 6 beginnt die Betriebsphase, die zunächst mit dem Leerlaufbetrieb (§ 7.2) startet, sofern nicht von Beginn an Verkehrsunternehmen im Wirkbetrieb angeschlossen sind. Ab dem Wirkbetrieb ist der AN bis zur Beendigung dieses Vertrages verpflichtet, den 24/7-Betrieb mit den in der Dokumentation vereinbarten Leistungsparametern zu unterhalten und insbesondere im Falle von auftretenden Funktionsstörungen innerhalb der in der Dokumentation vereinbarten Wiederherstellungsfristen für die Wiederherstellung des uneingeschränkten Betriebs zu sorgen.

**§ 7.6****Technologische Weiterentwicklungen**

- (1) Der AN hat die ihm vertraglich obliegenden Leistungen nach den Grundsätzen der allgemein anerkannten Regelungen ordnungsgemäßer Berufsausübung zu erbringen. Er wird seine Leistungen im Übrigen den jeweiligen Marktstandards anpassen.
- (2) Der AN hat – soweit dies für eine ordnungsgemäße Leistungserbringung erforderlich ist – für die nach jeweils gegenwärtigem Stand der Technik zur Aufrechterhaltung der IT-Sicherheit erforderlichen Erneuerungen der eingesetzten IT-Systeme zu sorgen.
- (3) Der AN wird die in der Dokumentation beschriebenen Prozesse regelmäßig analysieren, einem ständigen Optimierungsprozess unterziehen und dem AG etwaige Verbesserungsmöglichkeiten mitteilen. Dies gilt insbesondere für Kosteneinsparungspotentiale.

**§ 7.7****Geänderte Anforderungen an den Rechenzentrumsbetrieb**

- (1) Der AN hat die jeweils aktuelle Version des Vertragsgegenstands auf seinen IT-Systemen zu betreiben. Der AN hat durch vorherige Testläufe sicherzustellen, dass sich hierdurch keine negativen Auswirkungen auf die Performance und/oder die Stabilität des Betriebs ergeben.
- (2) Der AN hat seine IT-Systeme so auszugestalten, dass die vorgegebenen Qualitätsanforderungen des AGs eingehalten werden. Die bis auf weiteres geltenden Qualitätsanforderungen sind in Kapitel C1 beigefügt. Jegliche Veränderung/Aktualisierung eines oder mehrerer Qualitätsanforderungen wird der AG dem AN unverzüglich mitteilen. Der AN wird die neuen Qualitätsanforderungen dann innerhalb von 6 Wochen umsetzen. Sofern dem AN durch Änderungen von Qualitätsanforderungen ein erhöhter oder verminderter Aufwand entsteht, wird der auf die Einhaltung der Qualitätsanforderungen entfallende Teil des Honorars entsprechend der zum Zeitpunkt der Änderung der Qualitätsanforderungen beim AN geltenden Preise angepasst.

---

**§ 7.8****Fachliche Betriebsführung**

- (1) Die fachliche Betriebsführung des Projekts obliegt vorrangig dem AG. Der AG ist in allen fachlichen Belangen weisungsbefugt und trägt die Verantwortung für die inhaltliche Steuerung sowie die Qualitätssicherung des Projekts. Die fachliche Betriebsführung beschreibt die inhaltliche bzw. organisatorische Verantwortung für den Betrieb und die funktionale Erfüllung der Anforderungen. Die fachliche Betriebsführung umfasst die inhaltliche und prozessuale Verantwortung für den ordnungsgemäßen Betrieb des MPS im Sinne der fachlichen Anforderungen des AGs.
- (2) Hierzu gehören insbesondere:
  - a. die Definition, Pflege und Priorisierung fachlicher Anforderungen sowie deren Abstimmung mit den beteiligten Bezugsberechtigten.
  - b. die Sicherstellung der korrekten Abbildung und Durchführung der fachlichen Geschäftsprozesse im MPS.
  - c. die fachliche Bewertung, Begleitung und Abnahme von Änderungen, Erweiterungen und Releases.
  - d. die Analyse und Klärung fachlicher Fragestellungen sowie die Unterstützung der Anwender im Rahmen des fachlichen Supports.
  - e. die Durchführung und Koordination fachlicher Tests (insbesondere Abnahmetests).
  - f. die Erstellung und Pflege fachlicher Dokumentationen.
- (3) Die fachliche Betriebsführung umfasst ausdrücklich nicht die technische Betriebsführung, insbesondere nicht den Betrieb der IT-Infrastruktur, Systemadministration, Fehlerbehebung auf technischer Ebene.

**§ 8****Nutzungsrechte**

- (1) Die alleinigen Nutzungsrechte an den spezifisch für den AG erstellten Teilen des Vertragsgegenstands liegen ausschließlich beim AG, ausgenommen sind Nutzungsrechte, die der AN zur Ausübung seiner Leistungen gemäß dieses Vertrages benötigt. Darüber hinaus erhält der AN keine Nutzungsrechte an den o.g. spezifisch entwickelten Teilen eingeräumt. Alle nicht zum Betrieb und zur Pflege nach diesem Vertrag erforderlichen, spezifischen Nutzungsrechte bleiben alleinige Nutzungsrechte des AGs. Der AN hat keine Nutzungsrechte an dem Vertragsgegenstand als Ganzes.
- (2) Der AG erwirbt mit der Abnahme des Vertragsgegenstands das ausschließliche, zeitlich und räumlich unbeschränkte, sich auf alle bekannten und unbekannten Nutzungsarten erstreckende Nutzungsrecht an dem fertiggestellten Werk des Vertragsgegenstands als Ganzes.

Die Übertragung der Nutzungsrechte am Endergebnis erfolgt aufschiebend bedingt auf den Zeitpunkt der vollständigen Vergütungszahlung für die das Werk betreffenden Leistungsabschnitte durch den AG. Bis dahin duldet der AN die Nutzung der Software durch den AG widerruflich.

Soweit der AN ganz oder in Teilen bereits von ihm fertig entwickelte Komponenten oder von Dritten fertig entwickelte Komponenten einbringt, die auch andere Kunden des ANs oder des Dritten nutzen, räumt der AN dem AG an diesen Komponenten unbefristete, nicht ausschließliche, räumlich unbegrenzte Nutzungsrechte ein. Die Lizenzen enden

---

nicht, wenn das Vertragsverhältnis gekündigt wird. Der AN wird dem AG bei Ablieferung des Vertragsgegenstands schriftlich mitteilen, ob und welche solcher Komponenten in die Applikation integriert sind.

Soweit der AN an der von ihm im Rahmen dieses Vertrags zu pflegenden und betreibenden Software noch keine Nutzungsrechte besitzt, überträgt der AG ihm hiermit die zur Erreichung des Vertragszwecks erforderlichen Nutzungsrechte als einfache Lizenzen. Die Nutzungsrechte sind räumlich begrenzt auf die Nutzung im zur Vertragserfüllung eingesetzten Rechenzentrum und sind nicht an Dritte übertragbar. Der AG kann die Nutzungsrechte jederzeit widerrufen, insbesondere bei Vertragsende.

- (2) Der AG ist frei, ohne Zustimmung des ANs hinsichtlich einzelner oder sämtlicher ihm eingeräumter Rechte einfache oder ausschließliche Lizenzen an Dritte zu vergeben oder die erworbenen Rechte ganz oder teilweise auf Dritte zu übertragen.
- (3) Der AN stellt sicher, dass eventuelle Rechte nach § 12, 13 Satz 2 und 25 UrhG nicht geltend gemacht werden.
- (4) Nach erfolgter Abnahme des Vertragsgegenstands kann der AG vom AN jederzeit verlangen, dass dieser sämtliche hinsichtlich für den AG spezifisch erstellter Komponenten Originale und Kopien des Vertragsgegenstands, der Dokumentation und der sonstigen während der Entwicklung entstandenen Unterlagen herausgibt und die vollständige Erfüllung dieser Verpflichtung schriftlich versichert; soweit die Kopien auf maschinenlesbaren Datenträgern des ANs aufgezeichnet sind, tritt an die Stelle der Herausgabe das Löschen der Aufzeichnungen. Der AG kann dieses Verlangen auch mit der Einschränkung aussprechen, dass der AN berechtigt bleibt, je eine an einem sicheren Ort zu verwahrende und ausschließlich zu Beweis Zwecken und zur Erfüllung der sonstigen Pflichten aus diesem Vertrag dienende Kopie zurückzubehalten.
- (5) Das Eigentum an der Software geht schrittweise entsprechend der geleisteten Zahlungen auf den Auftraggeber über. Mit jeder Zahlung geht somit der jeweilige Entwicklungsstand in das Eigentum des Auftraggebers über. Der Besitzübergang wird dadurch umgesetzt, dass der aktuelle Stand – idealerweise inklusive Sicherungskopie – übergeben wird, auch wenn die Software zur weiteren Fertigstellung zunächst beim AN verbleibt.
- (6) Der AG erwirbt im Fall einer vorzeitigen Beendigung (z.B. Kündigung aus wichtigem Grund, Insolvenz, etc.) an den bis dahin erbrachten Arbeitsergebnissen, insbesondere, wenn diese bereits zur Abnahme bereitgestellt worden sind, das Eigentum und sämtliche Nutzungsrechte i.S.d. § 8 daran.

## **§ 9 Pflegeleistungen**

Der AN erbringt Pflegeleistungen im Hinblick auf den Vertragsgegenstand. Die Pflege umfasst insbesondere das Aufspielen von Updates, Austausch von Komponenten und Durchführen von Tests.

## **§ 10 Wartungsleistungen**

- (1) Der AN erbringt Wartungsleistungen zur Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft und zur Behebung von Mängeln des Vertragsgegenstands sowie von sonstigen Fehlern (im

---

Folgenden: „Fehlerbehebung“), die nicht ohnehin schon von der Gewährleistungspflicht umfasst sind bzw. nach Ablauf der Gewährleistungsfrist. Zur Fehlerbehebung gehören die Eingrenzung der Mangel- bzw. Fehlerursache, die Mangel- bzw. Fehlerdiagnose sowie die Behebung des Mangels bzw. des sonstigen Fehlers. Die Behebung eines Mangels bzw. eines sonstigen Fehlers im Vertragsgegenstand umfasst auch die Berichtigung der übrigen, hiervon betroffenen Bestandteile des Vertragsgegenstandes. Ein Mangel liegt vor, wenn der Vertragsgegenstand, die nach Maßgabe dieses Vertrags festgelegten Leistungen nicht erfüllt, falsche Ergebnisse liefert oder sich in anderer Weise nicht funktionsgerecht verhält. Sonstige Fehler sind Unvollkommenheiten des Vertragsgegenstands, die deren Funktionen nicht beeinträchtigen.

- (2) Der AN hat Mängel und sonstige Fehler innerhalb der vereinbarten Wiederherstellungsfristen zu beheben. Mit den Wartungsleistungen im Rahmen der Fehlerbehebung gemäß Absatz 1 wird durch den AN unverzüglich nachdem der Mangel bzw. der sonstige Fehler dem AN bekannt geworden ist, begonnen. Sofern Mängel bzw. sonstige Fehler nicht innerhalb der vereinbarten Wiederherstellungsfristen beseitigt werden können, sind sie durch vorübergehende Umgehungslösungen abzustellen.
- (3) Der AN setzt zur effizienten Ausführung der Wartungsleistungen geeignete, den allgemein anerkannten Regelungen ordnungsgemäßer Berufsausübung entsprechenden Werkzeuge wie Testprogramme, Testdaten-Generatorprogramme, Fehlersuchprogramme und andere Diagnosehilfen ein.

## **§ 11 Änderungsleistungen**

- (1) Zur Berücksichtigung technologischer und funktionaler Weiterentwicklungen wird der AG den Leistungsinhalt und- umfang regelmäßig, in der Regel alle 12 Monate, auf erforderliche Änderungen und Erweiterungen überprüfen.
- (2) Der AN führt nach Abnahme außerhalb der Gewährleistung am Vertragsgegenstand derartige Änderungsleistungen („change requests“) auf Anforderung des AGs durch. Der AN hat die Dokumentation entsprechend anzupassen oder zu ergänzen.
- (3) Für sämtliche Änderungswünsche werden in einem Nachtrag oder in einem gesonderten Vertrag die von dem AG verlangten Änderungsleistungen im Einzelnen vereinbart. Die Vergütung erfolgt nach Aufwand zu den in Anlage B1 festgelegten Vergütungssätzen.

## **§ 12 Nutzungsrechte an den Wartungs-, Änderungs- und Pflegeleistungen**

Der AG erhält an allen spezifisch für den Vertragsgegenstand erstellten Arbeitsergebnissen der Wartungs-, Änderungs- und Pflegeleistungen ein Nutzungsrecht gemäß § 8 Absatz 1. Die Regelungen des § 8 Absatz 2 – 4 gelten entsprechend.

### **§ 13**

#### **Betriebshandbuch und Abnahmekonzept**

Der AN hat mit dem Vertragsgegenstand ein Betriebsführungshandbuch (Teil der Dokumentation, „Operations Manual“) zu liefern. Er wird dieses Betriebshandbuch pflegen und bei Änderungen laufend aktualisieren. In dem Betriebshandbuch sind sämtliche Informationen zu erfassen, die für den fehlerfreien und vertragsgemäßen Betrieb erforderlich sind, insbesondere die technische Beschreibung der einzelnen Leistungen, die Darstellung der Katastrophenfallmaßnahmen sowie der Schnittstellen. Der Inhalt, die Systematik und die Darstellungstiefe müssen es einem fachkundigen Dritten erlauben, den Betrieb vollständig zu verstehen, betreiben und prüfen zu können.

### **§ 14**

#### **Grundsätze der Zusammenarbeit / Projektmanagement**

- (1) Beide Parteien werden spätestens bei Vertragsschluss jeweils einen Projektleiter, dessen Stellvertreter, einen Eskalationsmanager sowie ggf. weitere Mitglieder des Projektteams benennen (im Folgenden für alle vorgenannten Personen: „Projektteam“). Ist ein Mitglied des Projektteams auf absehbar unangemessen lange Zeit verhindert oder scheidet es aus dem Unternehmen der jeweiligen Partei aus, ist rechtzeitig eine Ersatzperson zu benennen.
- (2) Die Mitglieder des Projektteams dürfen nur aus wichtigem Grund (z. B. Krankheit, Ausscheiden aus dem Unternehmen) oder auf Wunsch des AGs ausgewechselt werden, wenn das Mitglied des Projektteams nicht die erforderliche fachliche Qualifikation aufweist oder wiederholt gegen wesentliche vertragliche Pflichten verstoßen hat.
- (3) Das Projektteam des ANs muss für die nach diesem Vertrag zu erbringenden Leistungen fachlich qualifiziert sein und über ausreichende Projekterfahrung bei der Realisierung vergleichbarer Projekte verfügen. Der AG kann einen Nachweis hierüber verlangen und in Ermangelung dessen einen Austausch des hiervon betroffenen Mitglieds des Projektteams verlangen.
- (4) Die Projektleiter der Parteien und deren Stellvertreter sind zur Entgegennahme sämtlicher Erklärungen im Zusammenhang mit diesem Vertrag befugt. Sie bereiten notwendige Entscheidungen der jeweiligen Partei zügig vor und sorgen, soweit sie nicht selbst vertretungsbefugt sind, für eine rasche Herbeiführung der Entscheidung. Dem Eskalationsmanager ist zur Abgabe von Willenserklärungen im Zusammenhang mit diesem Vertrag Einzelvertretungsberechtigung einzuräumen. Der Eskalationsmanager soll anstehende Entscheidungen selbst treffen.
- (5) In den Projektbesprechungen sollen sämtliche Fragen im Zusammenhang mit diesem Vertrag geklärt werden. Gelingt dies nicht, werden die Projektleiter auf eine Einigung hinwirken. Kommt es zu keiner Einigung, kann sich jede Partei unmittelbar an den Eskalationsmanager der jeweils anderen Partei wenden. Dieser ist verpflichtet, unverzüglich eine Entscheidung über die ungeklärte Frage zu treffen und der anderen Partei diese mitzuteilen.
- (6) Weitere Einzelheiten zu Zusammenarbeit und Projektmanagement sind im Lastenheft MPS (Kapitel C) unter den Abschnitte 2.1.2 und 2.1.3. zu finden.

---

## § 15

### Qualifikation von Erfüllungsgehilfen / Einschaltung von Unterauftragnehmern

- (1) Der AN hat sicherzustellen, dass sämtliche Personen, die von ihm mit der Erbringung von Leistungen nach diesem Vertrag betraut werden, für die Leistungen, für die sie hinzugezogen werden, hinreichend qualifiziert sind.
- (2) Der AN ist nicht berechtigt, für die Erbringung der nach diesem Vertrag zu erbringenden Leistung ohne vorherige schriftliche Zustimmung des AGs Subunternehmer/Unterauftragnehmer (UAN) einzusetzen. Hiervon ausgenommen sind dem AN legal zuzuordnende, konzernangehörige Einheiten.
- (3) Überträgt der AN Teile der Leistung oder die Leistung im Ganzen ohne vorherige schriftliche Zustimmung des AGs an einen Subunternehmer, so ist der AG zur fristlosen Kündigung des Vertrages berechtigt.
- (4) Der UAN darf die ihm übertragenen Teilleistungen nicht weiter vergeben, es sei denn, VDV-ETS hat der Weiterübertragung zuvor schriftlich zugestimmt.
- (5) Im Vertragsverhältnis zwischen dem AN und seinen UAN gelten die folgenden Regelungen:
  - Der AN hat bei der Übertragung von Teilen der Leistungen nach wettbewerblichen Gesichtspunkten zu verfahren.
  - Den UAN ist auf Verlangen der Name des AG zu benennen.
  - Den UAN sind insgesamt keine ungünstigeren Bedingungen zu stellen - insbesondere hinsichtlich der Zahlungsweise und der Sicherheitsleistungen - als zwischen dem AN und dem AG vereinbart sind.Die Einhaltung dieser Regelungen durch den AN sind VDV-ETS beim Zustimmungersuchen gem. Abs. 1 nachzuweisen.
- (6) Der AN verpflichtet seine Subunternehmer, im Falle des Ausfalls (z.B. durch Insolvenz) des AN ihre Teilleistungen für den AG zu den Konditionen dieses Vertrages zu erbringen. Der AN wird nach Aufforderung durch den AG diese Verpflichtung des Subunternehmers nachweisen.
- (7) Die Verantwortung des AN gegenüber VDV-ETS für die in diesem Vertrag eingegangenen Pflichten wird durch die Beauftragung von UAN nicht berührt.

## § 16

### Leistungsparameter

- (1) Die Parteien vereinbaren die in den Qualitätsanforderungen festgelegten Leistungsparameter, die die Qualität der zu erbringenden Leistungen messbar beschreiben, für Leistungen, die nach diesem Vertrag zu erbringen sind. Es muss gewährleistet sein, dass man über Logeinträge (sowohl fachlich als auch technisch) in der Lage ist, nachträglich Auswertungen bezüglich des Zeitverhaltens machen zu können.



- 
- (2) Werden Leistungsparameter nicht erreicht, hat der AN unverzüglich die hierfür maßgeblichen Gründe zu analysieren, diese Gründe abzustellen und dem AG hierüber Bericht zu erstatten.
  - (3) Der AG kann die für die Erstellung der Berichte und für die Messung der Leistungsparameter eingesetzten Tools, Softwarelösungen und Messzyklen, -größen und -verfahren selbst oder durch einen Sachverständigen überprüfen. Sofern hierbei Defizite festgestellt werden, kann der AG vom AN die Vornahme von Änderungen verlangen, die zur Beseitigung dieser Defizite erforderlich sind.

### **§ 17 Support**

Der Support wird innerhalb der vereinbarten Qualitätsanforderungen (Abschnitt 2.1; Lastenheft MPS (Anlage C1)) geregelt. Während des Test- und Leerlaufbetriebs ist kein derartiger Support geschuldet.

### **§ 18 Mitwirkungspflichten des AGs**

- (1) Der AG wird den AN im Rahmen der allgemeinen vertragsrechtlichen Förderpflicht bei der Erfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen angemessen unterstützen. Der AG stellt dem AN auf dessen Anforderung innerhalb einer angemessenen Frist alle zur Durchführung dieses Vertrages benötigten Informationen und Unterlagen zur Verfügung, soweit diese beim AG vorhanden sind. Der AN hat die Mitwirkungsleistungen des AGs rechtzeitig abzurufen. Kommt der AG seinen Mitwirkungspflichten nicht oder nicht rechtzeitig nach, so ist der AN für die Zeit der Nichterfüllung zuzüglich einer angemessenen Wiederanlaufzeit von seinen Leistungspflichten befreit.
- (2) Soweit nichts anderes vereinbart ist, erbringt der AG die ihm obliegenden Mitwirkungspflichten für den AN unentgeltlich.

### **§ 19 Vergütung**

- (1) Die Vergütung für die nach diesem Vertrag zu erbringenden Leistungen ergibt sich aus der Anlage B1. Die Preise sind Festpreise in Euro und verstehen sich zuzüglich der jeweils geltenden gesetzlichen Umsatzsteuer. Mit der Zahlung der Vergütung sind sämtliche Aufwendersatzansprüche des ANs gegen den AG abgegolten.
- (2) Werden einzelne oder alle der im Projektplan vereinbarten Termine und / oder Leistungsparameter (SLA) nicht eingehalten, reduziert sich die von dem AG an den AN zu zahlende Vergütung nach Maßgabe der Anlage B2.  
Die Geltendmachung eines darüberhinausgehenden Schadens bleibt davon unberührt. Die Vergütung reduziert sich nicht, sofern und soweit der AN nachweist, dass er die Nichteinhaltung der Termine und oder der Leistungsparameter nicht zu vertreten hat. Übersteigt der jeweilige Reduzierungsbetrag das zum maßgeblichen Zeitpunkt fällige Entgelt, wird der Reduzierungsbetrag von künftig zu zahlenden Entgelten in Abzug gebracht. Durch die Reduzierung der Vergütung bleiben etwaige Schadensersatzansprüche sowie sonstige Rechte des AGs gegen den AN unberührt.

---

Dem AN steht es frei, im konkreten Einzelfall nachzuweisen, dass ein Schaden bzw. eine Wertminderung überhaupt nicht entstanden ist oder wesentlich niedriger ist. Die Vergütungsreduzierung reduziert sich dann entsprechend.

- (3) Sämtliche Rechnungen sind dem AG in zweifacher Ausfertigung vorzulegen. Liefermengen und die erbrachten Leistungen sind übersichtlich und tabellarisch zu erfassen.
- (4) Sofern es sich bei dem AN um eine Personenmehrheit aus mehreren Unternehmen handelt, werden Zahlungen mit befreiender Wirkung für den AG auf das in der Rechnung genannte Konto geleistet. Dies gilt auch nach einer eventuellen Auflösung des Zusammenschlusses.
- (5) Zahlungsverzögerungen, die darauf beruhen, dass der AN nicht prüffähige oder sonst nicht vollständige Rechnungen einreicht, sind vom AG nicht zu vertreten.
- (6) Die Entgelte, die in Anlage B1 (Vergütungszusammenfassung Teil 2) aufgeführt sind, werden in den Jahren 2027 bis 2030 unverändert beibehalten. Die Preise werden ab dem Jahresbeginn 2031 wertgesichert. Zu diesem Zeitpunkt ist eine erstmalige Preisanpassung möglich. Die Preisanpassung wird an den vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Erzeugerpreisindex für Dienstleistungen, EVAS-Nr. 61311, gekoppelt. Es ist auf Wunsch von VDV-ETS auch eine Anpassung in Form einer Senkung bei entsprechendem Preisindex möglich. Eine Preisanpassung ist ab dem 01.01.2031 jährlich zum 1. Januar möglich, sofern sich gegenüber dem im Monat des Vertragsschlusses oder gegenüber dem im Monat der letzten Anpassung der Entgelte veröffentlichten Index eine positive oder negative Änderung von mehr als 2,5 % ergibt. Sollte während der Dauer des Vertrags der vorgenannte Preisindex vom Statistischen Bundesamt nicht mehr herausgegeben werden, tritt an seine Stelle der diesem am nächsten kommende, vom Statistischen Bundesamt oder vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften herausgegebene Index.
- (7) Die Vertragsparteien werden die Höhe der Vergütung neu festlegen, sobald die Kosten für die Erbringung der zugrunde liegenden Leistung des ANs durch die Neueinführung oder Änderung von Steuern, anderen Abgaben oder sonstigen gesetzlichen Bestimmungen oder Verordnungen, durch behördliche Maßnahmen, infolge eines Anstieges von Lohn-, Material-, oder sonstigen Kosten derart ansteigen, dass die Vertragsparteien für den Fall eines gedachten Neuabschlusses des Vertrages eine mehr als nur unwesentliche Anpassung des bestehenden Vergütungsniveaus vornehmen würden. § 3 Abs. 3 findet in diesen Fällen entsprechende Anwendung, wenn und soweit mit der Anpassung ein Aufwand auf Seiten des ANs entsteht. Können sich die Vertragsparteien nicht innerhalb einer Frist von 4 Wochen auf die Höhe der neu festzusetzenden Vergütung einigen, wird die Vergütung (durch einen von den Vertragsparteien zu ernennenden Schlichter) unter Berücksichtigung des jeweils marktüblichen Preisniveaus bestimmt.

Eine derartige Preisanpassung nach Abs. 7 kann erstmals mit Wirkung ab dem 48. Monat nach Abnahme verlangt werden.

## **§ 20 Gewährleistung**

- (1) Der AN gewährleistet, dass die von ihm nach diesem Vertrag zu erbringenden Leistungen die vereinbarte und in Anlage C2 der Verdingungsunterlagen (Erklärung über

---

technische und funktionale Eigenschaften) zugesicherte Beschaffenheit haben und nicht mit Mängeln behaftet sind, die die Eignung für die nach dem Vertrag vorausgesetzte Verwendung beeinträchtigen. Sofern eine Abnahme vorgesehen ist, können sämtliche Rechte wegen Mängeln auch dann noch geltend gemacht werden, wenn diesbezüglich bei der Abnahme kein Vorbehalt gemacht wird. Sofern sich der AN darauf beruft, dass etwaige Mängel auf einer nicht von ihm vorgenommenen Schlecht- oder Nichtleistung bzw. der fehlerhaften Weiterverarbeitung bzw. -benutzung beruhen, ist der AN hierfür beweispflichtig.

- (2) Ansprüche wegen Mängeln bezüglich der von dem AN zu erbringenden Leistungen verjähren innerhalb von drei Jahren seit der Abnahme. Ist keine Abnahme vorgesehen, tritt an deren Stelle die Leistungserbringung. Sämtliche Verjährungsfristen für Mängelansprüche beginnen erst mit der Erklärung der Abnahme. Der Lauf der Verjährungsfrist verlängert sich um die Zeit, während der die von dem AN zu erbringenden Leistungen wegen eines Mangels des Vertragsgegenstands nicht bestimmungsgemäß genutzt werden konnten.
- (3) Werden Mängel vom AN nicht innerhalb einer vom AG gesetzten Frist behoben oder durch eine angemessene Zwischenlösung aufgefangen, kann der AG nach fruchtlosem Fristablauf die Vergütung angemessen herabsetzen (über eine Herabsetzung nach § 19 Absatz 2 hinaus) oder diesen Vertrag insgesamt oder den hiervon betroffenen Vertragsteil außerordentlich kündigen. Darüber hinaus bestehende Rechte und Ansprüche des AGs bleiben unberührt.

## **§ 21**

### **Schadensersatz**

- (1) Schadensersatzansprüche des AGs gegen den AN werden im Falle von einfacher und grober Fahrlässigkeit nach Maßgabe der Anlage B3 der Höhe nach beschränkt.
- (2) Für die Ermittlung von Schadensersatzansprüchen des AGs gegen den AN gelten Schäden der Teilnehmer aufgrund einer schuldhaften Verletzung der Pflichten des ANs aus diesem Vertrag als Schäden des AGs.
- (3) Der AG ist berechtigt, seine gegen den AN bestehenden Schadensersatzansprüche gemäß § 21 Abs. 1 i.V.m. den in Anlage B3 aufgeführten Regelungen an den jeweiligen geschädigten Teilnehmer abzutreten. Zur Klarstellung halten die Parteien fest, dass sich dadurch die in Anlage B3 enthaltenen Haftungsobergrenzen dadurch nicht erhöhen oder vervielfachen.
- (4) Sofern der AN eine Personenmehrheit aus mehreren Unternehmen ist, haften diese gesamtschuldnerisch.

## **§ 22**

### **Freiheit von Rechten Dritter**

- (1) Der AN steht dafür ein, dass die im Rahmen dieses Vertrags erbrachten Leistungsergebnisse (im Folgenden: „Leistungsergebnisse“) frei von Schutzrechten Dritter sind und dass nach seiner Kenntnis auch keine sonstigen Rechte bestehen, die eine Nutzung nach Maßgabe dieses Vertrags einschränken oder ausschließen. Wird die Nutzung durch den AG wegen geltend gemachter Schutzrechtsverletzungen beeinträchtigt oder untersagt, ist der AN verpflichtet, nach seiner Wahl entweder die

---

Leistungsergebnisse in der Weise zu ändern oder zu ersetzen, dass sie nicht mehr unter die Schutzrechte Dritter fallen, gleichwohl aber den vertraglichen Bestimmungen entsprechen oder das Recht zu erwirken, dass sie vertragsgemäß genutzt werden können.

- (2) Der AN stellt insbesondere durch entsprechende Vereinbarungen mit seinen Arbeitnehmern oder Beauftragten sicher, dass der gemäß diesem Vertrag vorgesehene Nutzungsumfang an den Leistungsergebnissen nicht durch eventuelle Miturheber- oder sonstige Rechte beeinträchtigt wird. Auf Verlangen des AGs wird der AN diesem den Abschluss entsprechender Vereinbarungen mit den zur Erfüllung seiner Vertragspflichten eingesetzten Personen nachweisen.
- (3) Der AN stellt den AG von allen Ansprüchen frei, die von Dritten gegen den AG wegen der Verletzung von Schutzrechten durch die Benutzung der Leistungsergebnisse geltend gemacht werden. Der AG benachrichtigt den AN unverzüglich schriftlich, wenn derartige Ansprüche Dritter wegen der Verletzung von Schutzrechten gegen ihn geltend gemacht werden. § 21 Absatz 1 dieses Vertrages findet für Ansprüche des AGs nach diesem § 22 Absatz 3 nach Maßgabe der Anlage B3 Anwendung.
- (4) Wenn es dem AN nicht gelingt, Beeinträchtigungen durch Rechte Dritter auszuräumen, gilt § 22 Absatz 3 entsprechend.

### **§ 23**

#### **Laufzeit / Abwicklung nach Vertragsbeendigung**

- (1) Die Laufzeit dieses Vertrags richtet sich nach dem Rahmenvertrag (Kapitel A) und ist mit dessen Laufzeit identisch.
- (2) Die Beendigung dieses Vertrags richtet sich nach dem Rahmenvertrag und den darin enthaltenen Regelungen zur Vertragsbeendigung. Mit einer Beendigung des Rahmenvertrags endet auch dieser Werk- und Betriebsvertrag.
- (3) Die Parteien stellen klar, dass eine Kündigung dieses Vertrags nicht die Rechtsfolgen des § 648 BGB auslöst. Im Übrigen ist der AG auch während der Mindestlaufzeit nach Absatz 1 Satz 2 bis zum Zeitpunkt der Abnahme berechtigt, auch ohne Vorliegen eines wichtigen Grundes den Vertrag nach § 648 BGB zu kündigen. Im Falle einer ordentlichen Kündigung durch den AG gem. § 648 BGB beträgt die Kündigungsfrist drei Monate zum Ablauf eines Kalendermonats. Für den Fall einer ordentlichen Kündigung sehen beide Parteien eine Vergütung der bis zum Wirksamwerden der Kündigung erbrachten Leistungen vor. Ferner sehen die Parteien zudem eine pauschale Abgeltung der dem AN durch die Kündigung entstehenden Aufwände und Kosten vor. Diese Pauschale beträgt die Höhe der Vergütung, die der AN in den nächsten 4 Wochen ab Wirksamwerden der Kündigung bei planmäßiger Erledigung des Auftrags erzielt hätte. Planmäßig in diesem Sinne sind die Aufgaben, die der AN nach dem zum Zeitpunkt der Kündigung geltenden Zeitplan in den nächsten 4 Wochen erledigt hätte.

- 
- (4) Im Falle einer bevorstehenden Beendigung dieses Vertrages haben die Parteien die technische und organisatorische Abwicklung dieses Vertrages in angemessener Weise durchzuführen. Der AN ist insbesondere verpflichtet, an einem ordnungsgemäßen Übergang auf Folgesysteme, in angemessener Form mitzuwirken und den AG hierbei in dem erforderlichen Umfang nach besten Kräften zu unterstützen. Im Rahmen der vorgenannten Unterstützungshandlungen wird der AN dem AG die Daten in einem datenbanküblichen Format kostenfrei zur Verfügung stellen. Darüber hinaus gehende Leistungen sind gesondert zu beauftragen und zu vergüten.
- (5) Der AN verpflichtet sich, auch nach der Beendigung dieses Vertrages bis zur Migration des Rechenzentrumsbetriebs auf ein anderes Rechenzentrum, maximal jedoch bis zwölf Monate nach Vertragsende zu dulden, dass der AG die nach diesem Vertrag zu erbringenden Leistungen nach Maßgabe der nach diesem Vertrag getroffenen Regelungen weiter in Anspruch nimmt. Für diesen Fall zahlt der AG an den AN die bislang vereinbarte Vergütung.

## **§ 24**

### **Vollständige Leistungserbringung im Rechtsrahmen der EU**

- (1) Im Rahmen der Auftragsausführung genutzte Rechenzentren sowie deren Netzwerkinfrastruktur müssen während der gesamten Vertragslaufzeit im Geltungsbereich des Rechts eines EU-Mitgliedsstaates betrieben werden. Der Betrieb hat in einem Rechenzentrum mit Zertifizierung nach ISO 9001 und ISO 27001 oder äquivalent stattzufinden.
- (2) Der AN verpflichtet sich dazu, jegliche, ggf. auch gesetzlich verpflichtende, Zusammenarbeit mit staatlichen wie nicht-staatlichen Stellen außerhalb der EU vom AG genehmigen zu lassen. Dies gilt auch für den Fall, dass sich während der Vertragslaufzeit die Unternehmensstrukturen beim AN ändern.
- (3) Eine entsprechende Zusammenarbeit ohne Genehmigung des AGs hat die Rechtsfolge des Absatz 4 zur Folge.
- (4) Bei Verstoß gegen die in Absatz 1 bis 3 genannten Anforderungen steht dem AG ein außerordentliches Kündigungsrecht aus wichtigem Grund zu. Zusätzlich kann der AG Schadensersatz für die Aufwendungen zur Auftragsvergabe an einen neuen Betreiber verlangen.

## **§ 25**

### **Geheimhaltung/Datenschutz**

- (1) Jede Partei wird alle Informationen oder Unterlagen, die sie von der jeweils anderen Partei (im Folgenden: „Informationsgeber“) vor oder nach Inkrafttreten dieses Vertrages erhalten oder anderweitig durch diese erlangt hat und die sich auf diesen Vertrag oder seine Bedingungen oder auf das Geschäft, die finanzielle Lage, die Produkte und Erwartungen, Prozesse und Methoden, Kunden und Angestellte der jeweils anderen Partei (insbesondere Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse) beziehen, sowie jegliche

- 
- anderen Informationen und Unterlagen streng vertraulich behandeln (im Folgenden: „vertrauliche Informationen“). Der AN hat alle Personen (insbesondere Mitarbeiter und Beauftragte), an die er vertrauliche Informationen weitergibt, entsprechend den Regelungen dieses Absatzes 1 zur Verschwiegenheit zu verpflichten und dem AG dies auf Verlangen nachzuweisen.
- (2) Keine Partei darf vertrauliche Informationen an Dritte übermitteln. Dritter im Sinne von Satz 1 sind nicht die Teilnehmer sowie im Zusammenhang mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrags in zulässiger Weise eingesetzte Berater oder Mitarbeiter der Konzernunternehmen der Parteien, die vertraglich genauso zu Verschwiegenheit verpflichtet werden wie die Parteien selbst.
- (3) Die Verschwiegenheitsverpflichtung gilt nicht in Bezug auf vertrauliche Informationen, soweit diese
- (a) der empfangenden Partei bereits unabhängig vom Abschluss oder der Umsetzung dieses Vertrags bekannt waren,
  - (b) auf andere Weise als durch die Verletzung dieses § 27 durch die empfangende Partei bereits allgemein bekannt sind oder werden oder
  - (c) durch eine der Parteien kraft Gesetzes oder aufgrund einer gerichtlichen oder behördlichen Verfügung offengelegt werden müssen. In den unter (c) genannten Umständen wird die offenlegende Partei die andere Partei vor Offenlegung umgehend und unter Vorlage von Nachweisen von dieser gesetzlichen Pflicht bzw. behördlichen Verfügung in Kenntnis setzen, so dass die andere Partei einstweiligen Rechtsschutz oder andere geeignete Rechtsbehelfe ergreifen kann. Die offenlegende Partei wird die andere Partei hierbei in angemessenem Umfang unterstützen. Sofern eine der Offenlegung vorangehende Unterrichtung nicht zulässig ist, hat eine entsprechende Unterrichtung nach Offenlegung zu erfolgen, sobald diese rechtlich zulässig ist oder
  - d) selbst und unabhängig durch die preisgebende Partei entwickelt worden ist.
- (4) Die vertraulichen Informationen verbleiben im Eigentum des Informationsgebers und dürfen nur mit dessen vorheriger schriftlicher Zustimmung kopiert oder vervielfältigt werden. Auf Verlangen des Informationsgebers muss die andere Partei die vertraulichen Informationen und ihre Verkörperung zurückgeben oder vernichten und die Vernichtung schriftlich bestätigen.
- (5) Die Parteien gehen gegenwärtig nicht davon aus, dass der AN im Rahmen der Durchführung dieses Vertrages personenbezogene Daten i.S.v. Art. 4 Absatz 1 DSGVO erhebt, verarbeitet oder nutzt. Sollte sich herausstellen, dass der AN personenbezogene Daten erheben, verarbeiten oder nutzen muss, um seine ihm aus diesem Vertrag obliegenden Pflichten ordnungsgemäß erfüllen zu können, so verpflichtet er sich, alle Prozesse datenschutzrechtskonform zu gestalten und durchzuführen.
- (6) Die vorstehenden Pflichten gelten auch nach Kündigung oder Ablauf dieses Vertrages 3 Jahre lang fort.

## **§ 26**

### **Informations- und Kontrollrecht**

- (1) Hat der AG Anhaltspunkte für eine Vertragsverletzung durch den AN, so ist er berechtigt, nach vorheriger Anmeldung von mindestens 2 Wochen eine Prüfung der durch den AN zu erbringenden Leistungen während der Geschäftszeiten des ANs durchzuführen, indem er vom AN Auskünfte und Einsicht in Unterlagen verlangen kann. Bei der Anmeldung hat der AG die Dauer der Prüfung und die Namen und Positionen der Personen anzugeben, die die Kontrolle durchführen werden. Während einer Prüfung hat der AG auf den laufenden Betrieb des ANs Rücksicht zu nehmen. Die Parteien sind sich darüber einig, dass die Abwicklung des laufenden Geschäftsbetriebes des ANs stets vorrangig vor einer Prüfung des AGs ist. Dem AG wird im Rahmen der Prüfung nur Zugriff auf die Daten (keine finanziellen Daten) gewährt, die ausschließlich die Leistung des ANs für den AG nach diesem Vertrag betreffen. In keinem Fall hat der AG ein Einsichts- oder sonstiges Prüfungsrecht in Bezug auf Daten etc. anderer Kunden des ANs. Die Prüfung hat durch Mitarbeiter des AGs selbst oder durch einen unabhängigen, zugunsten des ANs zur Geheimhaltung verpflichteten Dritten zu erfolgen, der in keinem Fall für ein Konkurrenzunternehmen des ANs oder AGs tätig sein darf.
- (2) Sollten dem AN im Zusammenhang mit den vorstehenden Regelungen Kosten oder sonstige Aufwendungen entstehen, ist der AG verpflichtet, diese in voller Höhe zu vergüten.

## **§ 27**

### **Schlussbestimmungen**

- (1) Der ausschließliche Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus oder in Zusammenhang mit diesem Vertrag ist Köln.
- (2) Dieser Vertrag unterliegt deutschem Recht unter Ausschluss des UN-Kaufrechts (CISG). Allgemeine Geschäfts-, Liefer- oder Zahlungsbedingungen des ANs werden nicht Vertragsbestandteil.
- (3) Treten im Zusammenhang mit den vertragsgegenständlichen Leistungen Meinungsverschiedenheiten auf, werden die Vertragsparteien angemessene Anstrengungen unternehmen, um eine außergerichtliche Einigung zu erzielen. Können die Vertragsparteien Meinungsverschiedenheiten auf der jeweiligen Arbeitsebene nicht klären, findet eine Eskalation auf die nächsthöhere Managementebene statt und lässt sich auch auf dieser Ebene keine einvernehmliche Lösung finden, erfolgt eine Eskalation auf die Geschäftsführungsebene.  
Jede Vertragspartei ist frühestens 60 Tage nach Einleitung des vorgenannten Streitbeilegungsverfahrens berechtigt, den ordentlichen Rechtsweg zu beschreiten. Das Recht der Vertragsparteien, um einstweiligen Rechtsschutz nachzusuchen, bleibt von der Pflicht, ein Streitbeilegungsverfahren durchzuführen, unberührt.

- 
- (4) Sollte Vertragsbestimmung unwirksam oder nicht durchsetzbar sein oder werden, berührt dies nicht die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen. Dies gilt entsprechend im Fall von Vertragslücken. Anstelle der unwirksamen oder nicht durchsetzbaren Bestimmung bzw. zur Ausfüllung einer Lücke gilt eine angemessene Bestimmung, die dem am nächsten kommt, was die Parteien entsprechend dem Vertragszweck gewollt hätten, wenn sie diesen Umstand bei Abschluss dieses Vertrages bereits berücksichtigt hätten.
- (5) Änderungen dieses Vertrages sowie Kündigungserklärungen bedürfen der Schriftform unter Ausschluss der telekommunikativen Übermittlung. Dies gilt auch für die Abänderung des Schriftformerfordernisses.

## **D) Anlagenverzeichnis**

- (1) Folgende Anlagen sind integrale Bestandteile dieses Vertrages:
- A: Rahmenvertrag MPS
  - A1: Muster Dienstvertrag MPS
  
  - B1: Vergütungszusammenfassung
  - B2: Reduzierung der Vergütung bei der Verfehlung von Leistungsparametern und/oder Terminen
  - B3: Haftung
  - B4: Angebot des Auftragnehmers vom xx.xx.2026  
(nebst Nachreichungen vom xx.xx.2026)
  - B5: Dokumentation / Pflichtenheft (noch zu erstellen)
  
  - C: Lastenheft MPS
  - C1: Qualitätsanforderungen
  - C2: Erklärung über technische und funktionale Eigenschaften
  - C3: Mitgeltende Dokumente
  
  - D: Vergabeunterlagen
- (2) Im Falle von Widersprüchen zwischen den Regelungen dieses Vertrages und der Anlagen gehen die Regelungen dieses Vertrages vor. Im Falle von Widersprüchen zwischen dem Lastenheft und der Dokumentation geht die Dokumentation vor.

Köln, den \_\_\_\_\_, den \_\_\_\_\_

---

VDV eTicket Service GmbH & Co. KG

---

Auftragnehmer



---

**Anlage B1 zum Werk- und Betriebsvertrag MPS****Vergütungszusammenfassung****Teil 1: Werkleistung**

1. Pauschalpreis für die Erstellung, Aufbau und Inbetriebnahme des Vertragsgegenstandes „Mandantenfähiges Produktverantwortlichen-System“ inkl. der Erstellung der jeweiligen Dokumentation:

\_\_\_\_\_ Euro zzgl. der gesetzlichen Umsatzsteuer.

2. Optionen:

- a) Pauschalpreis für die Erstellung eines konfigurierbaren Dashboards gemäß Abschnitt 4.2.2 des Lastenheft-MPS.

\_\_\_\_\_ Euro zzgl. der gesetzlichen Umsatzsteuer.

- b) Pauschalpreis für die Umsetzung der funktionalen Anforderung eines Zugriffs des „Nationalen Mandanten“ auf regionale POS für das D-Ticket gemäß Abschnitt 4.9.4 des Lastenheft-MPS.

\_\_\_\_\_ Euro zzgl. der gesetzlichen Umsatzsteuer.

- c) Pauschalpreis für die Integration von D-Tickets im UIC-FCB Format gemäß Abschnitt 4.9.5 des Lastenheft-MPS.

\_\_\_\_\_ Euro zzgl. der gesetzlichen Umsatzsteuer.

- d) Pauschalpreis für die Anbindung eines nationalen Online-Ticketspeichers gemäß Abschnitt 4.19 des Lastenheft-MPS.

\_\_\_\_\_ Euro zzgl. der gesetzlichen Umsatzsteuer.

**Teil 2: Betriebsleistung**

Die folgenden Pauschalfestpreise werden die Preise nach der Maßgabe des § 19 Abs. 6 des Werk- und Betriebsvertrags MPS wertgesichert. Die Preise sind ohne Ausweisung der gesetzlichen Umsatzsteuer anzugeben.

1. Die Betriebskostenpauschale für den Leerlauf-Betrieb des Vertragsgegenstands „Mandantenfähiges Produktverantwortlichen-System“ beträgt pro Monat:

\_\_\_\_\_ Euro zzgl. der gesetzlichen Umsatzsteuer

2. Die Betriebskostenpauschale für den Wirk-Betrieb des Vertragsgegenstands „Mandantenfähiges Produktverantwortlichen-System“ beträgt pro Monat:

\_\_\_\_\_ Euro zzgl. der gesetzlichen Umsatzsteuer

### 3. Einzeltagesätze

Vergütung der Leistungen, die zum Zwecke von Änderungen des Vertragsgegenstandes „Mandantenfähiges Produktverantwortlichen-System“ oder wegen der Weiterentwicklung erbracht werden (Change-Request-Verfahren).

Die folgenden Einzeltagesätze werden nach der Maßgabe des § 19 Abs. 6 des Werk- und Betriebsvertrags MPS wertgesichert. Die Preise sind ohne Ausweisung der gesetzlichen Umsatzsteuer anzugeben.

Lfd. Nr.	Personalkategorie	Honorar pro Tag
Kategorie 1	Softwareentwickler	_____ Euro
Kategorie 2	Technischer Berater	_____ Euro
Kategorie 3	Projektleiter	_____ Euro

Abrechnung erfolgt quartalsweise rückwirkend.

Alle Preise in dieser Vergütungszusammenfassung verstehen sich zzgl. der geltenden gesetzlichen Umsatzsteuer.

---

**Anlage B2 zum Werk- und Betriebsvertrag MPS****Reduzierung der Vergütung bei der Verfehlung von Leistungsparametern und/oder Terminen****I. Reduzierung der Vergütung bei der Verfehlung von Leistungsparametern**

(die Kapitelangaben beziehen sich auf die Qualitätsanforderungen (Anlage C1))

**1. Leistungsparameter:****Performance, Kap. 2.3 – Produktions-System, Kap. 2.3.1**

Sollwerte: 300ms Reaktionszeit bei allen normalen Benutzeranfragen und Transaktionen. Ausgenommen sind komplexe Datenexporte.

Abweichung: Eine relevante Abweichung tritt ein, wenn das System verfügbar ist, aber trotzdem länger als 300ms benötigt, um Benutzeranfragen zu verarbeiten.

Betrachtungszeitraum: Kalendermonat rückwirkend.

Reduktion: Insgesamt für sämtliche Abweichungen innerhalb eines Monats maximal 10 % Reduzierung der Betriebskostenpauschale Wirkbetrieb (siehe Anlage B1 Teil 2 Nr. 2) für den Monat in dem die Abweichung aufgetreten ist.

**2. Leistungsparameter:****Performance, Kap. 2.3 – Staging-System, Kap. 2.3.2**

Sollwerte: 500ms Reaktionszeit bei allen normalen Benutzeranfragen und Transaktionen. Ausgenommen sind komplexe Datenexporte.

Abweichung: Eine relevante Abweichung tritt ein, wenn das System verfügbar ist, aber trotzdem länger als 500ms benötigt, um Benutzeranfragen zu verarbeiten.

Betrachtungszeitraum: Kalendermonat rückwirkend.

Reduktion: Insgesamt für sämtliche Abweichungen innerhalb eines Monats maximal 10 % Reduzierung der Betriebskostenpauschale Leerlaufbetrieb (siehe Anlage B1 Teil 2 Nr. 1) für den Monat in dem die Abweichung aufgetreten ist.

**3. Leistungsparameter:****Verfügbarkeit, Kap. 2.5 – Verfügbarkeit des Produktions-System, Kap. 2.5.1**

Sollwert: Mindestens 99.0% pro Monat, d.h. maximale Ausfallzeit von 3,2 Stunden / Monat

Betrachtungszeitraum: Quartal rückwirkend.

Grenzwert im Mittel (arithmetisch): 3,2 Stunden.

---

Formel:  $(\text{Ausfallzeit Monat 1} + \text{Ausfallzeit Monat 2} + \text{Ausfallzeit Monat 3}) / 3 > 3,2$   
Stunden.

Reduktion: Insgesamt für sämtliche Abweichungen innerhalb eines Monats maximal 10 % Reduzierung der Betriebskostenpauschale Wirkbetrieb (siehe Anlage B Teil 2 Nr. 2) für den Monat in dem die Abweichung(en) aufgetreten ist bzw. sind.

#### **4. Leistungsparameter:**

##### **Verfügbarkeit, Kap. 2.5 - Verfügbarkeit des Staging-Systems, Kap. 2.5.2**

Sollwert: Mindestens 93.33% pro Monat, d.h. max. Ausfallzeit von 22 Stunden / Monat.

Betrachtungszeitraum: Quartal rückwirkend.

Grenzwert im Mittel (arithmetisch): 22 Stunden.

Formel:  $(\text{Ausfallzeit Monat 1} + \text{Ausfallzeit Monat 2} + \text{Ausfallzeit Monat 3}) / 3 > 22$   
Stunden.

Reduktion: Insgesamt für sämtliche Abweichungen innerhalb eines Monats maximal 10 % Reduzierung der Betriebskostenpauschale Leerlaufbetrieb (siehe Anlage 9 Teil 2 Nr. 1) für den Monat in dem die Abweichung(en) aufgetreten ist bzw. sind.

#### **5. Leistungsparameter:**

##### **Wartung, Kap. 2.6 - 2.6.3 Reaktions- und Entstörungs-Zeit, Kap. 2.6.3**

Sollwerte: Die Sollwerte für die Entstörung sind innerhalb der Qualitätsanforderungen gemäß der definierten Störungsklassen definiert. Siehe Tabellen 4 und 5: Störungsklassen.

Betrachtungszeitraum: Quartal rückwirkend.

Reduktion: Für jede Überschreitung der Entstörungszeit wird eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,5 % der Betriebskostenpauschale Wirkbetrieb (siehe Anlage 9 Teil 2 Nr. 2) pro angefangener Stunde Überschreitung, maximal jedoch 10% des Monatsentgelts fällig.

- II. Die Vergütungsreduzierung entfällt, wenn der AN nachweist, dass er die Nichteinhaltung des Service Levels nicht zu verschulden hat.

---

**Anlage B3 zum Werk- und Betriebsvertrag MPS****Haftung**

1. Die Haftung des ANs ist im Falle vorsätzlicher Schadensverursachung unbeschränkt. Im Falle von grob fahrlässiger Schadensverursachung ist die Haftung je Schadensfall auf einen Betrag von maximal der Summe der geschuldeten Betriebskostenpauschale eines Kalenderjahres (12-fache monatliche Betriebskostenpauschale gem. Teil 2 Nr. 2 Vergütungszusammenfassung, Kapitel B1) beschränkt und für mehrere Schadensfälle in einem Kalenderjahr auf einen Betrag in Höhe von maximal EUR 1.000.000,00 (in Worten: eine Million). In den Fällen einfacher Fahrlässigkeit ist die Haftung je Schadensfall auf einen Betrag von maximal 75% der Summe der geschuldeten Betriebskostenpauschale eines Kalenderjahres und für mehrere Schadensfälle in einem Kalenderjahr auf einen Betrag in Höhe von maximal EUR 800.000,00 (in Worten: achthunderttausend) beschränkt.
2. Die vorstehenden Haftungsbegrenzungen gelten für sämtliche Ansprüche gegen den Unternehmer, gleich aus welchem Rechtsgrund und insbesondere auch für deliktische Ansprüche.
3. Es gelten die §§ 278, 831 BGB für die Haftungszurechnung von etwaig vom Unternehmer eingesetzten Subunternehmern uneingeschränkt; eine Exkulpationsmöglichkeit steht dem Unternehmer allerdings nicht zu.
4. Sofern der Unternehmer ein Zusammenschluss aus mehreren Unternehmen ist, haften diese gesamtschuldnerisch.